

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

Lundi (après-midi) 17 novembre 2014

Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale

17 2014.RRGR.11111 Rapport

Rapport sur la mise en œuvre de la stratégie de politique familiale du canton de Berne

Déclaration de planification CSoc (Beutler-Hohenberger, Mühlethurnen)

Le rapport sur la mise en œuvre de la stratégie de politique familiale est soumis au Grand Conseil tous les quatre ans, en alternance avec le rapport social.

Déclaration de planification PEV (Schnegg-Affolter, Lyss)

Le Conseil-exécutif présente le calendrier de mise en œuvre des mesures d'amélioration des ressources financières des familles au plus tard en même temps que le prochain rapport sur la mise en œuvre de la stratégie de politique familiale.

La présidente. Nous passons à l'affaire n°17 «Rapport sur la mise en œuvre de la stratégie de politique familiale du canton de Berne». Mme Beutler-Hohenberger, c'est à vous.

Melanie Beutler-Hohenberger, Mühlethurnen (PEV), rapporteuse de la commission. Ich möchte mein Votum im Namen der GSoK gleich mit einem Dank und einer kurzen Würdigung beginnen, wie ich dies als Referentin im Rahmen der Kommission ebenfalls gemacht habe. Ich möchte allen Beteiligten danken, die auf irgendeiner Stufe an diesem Bericht zum Familienkonzept gearbeitet oder mitgewirkt haben. Es wurde viel Zahlenmaterial zusammengetragen und es wurde viel Evaluation betrieben – da steckt viel Arbeit dahinter. Eine Würdigung auch in dem Sinne, als es bekanntlich ein grosses Anliegen des Kantons Bern ist, den Familien im Kanton Bern gute Rahmenbedingungen zu bieten, sie zu stärken und auszurüsten, damit sie ihre wichtigen Funktionen wahrnehmen können.

Eine kurze Zusammenfassung, worüber wir hier sprechen: In der Märzsession 2010 hat der Grosse Rat das Familienkonzept zur Kenntnis genommen, das aufgrund zweier überwiesener Motionen vom Regierungsrat ausgearbeitet worden war. Eine Art Definition für das Familienkonzept ist eigentlich, Ziele der Familienpolitik des Kantons Bern zu formulieren und die Rahmenbedingungen für Familien so zu setzen, dass diese eben ihre gesellschaftspolitischen Leistungen – die bedeutsam sind und in ganz vielen anderen Politikfeldern sichtbar werden – erbringen können. Das Familienkonzept hat also Ziele formuliert, Problemfelder analysiert und anschliessend Massnahmen ausgearbeitet, mit welchen man diesen Problemfeldern begegnen kann. Der nun vorliegende Bericht zur Umsetzung des Familienkonzepts erfüllt eine Planungserklärung, die damals angenommen wurde. Sie hat verlangt, dass der Grosse Rat periodisch – damals sagte man, in einem Jahresrhythmus – über die Umsetzung der Massnahmen informiert werden soll: Wo stehen wir heute? Was hat sich an der Situation der Familien geändert? Bestehen noch dieselben Probleme? Sind die entsprechenden Massnahmen noch adäquat? Zudem zeigt der Bericht mit den aktualisierten Daten, die wir jetzt vorliegend haben ein sehr sauberes und gutes Bild der heute bestehenden Situation der Familien im Kanton Bern auf.

In der GSoK hat man es sehr geschätzt, dass der Bericht von einer hohen Qualität war. Wie ich einleitend sagte, steckt viel Arbeit dahinter, auch viel Detailarbeit, was dem Bericht deutlich anzumerken ist. Wir schätzten auch sehr, dass man den verschiedenen Massnahmen, die ausgearbeitet worden waren, akribisch genau nachging und aufzeigte, in welchen Bereichen zumindest teilweise ein Fortschritt erzielt wurde. Ebenso wurde aufgezeigt, wo man mehr erwartet hatte und vielleicht einen alternativen Weg einschlug, um einem Ziel näher zu kommen. Wir alle

wissen, dass in der heutigen Situation – und das sagt der Regierungsrat im Bericht auch – leider gewisse Massnahmen, die mit finanzieller Ausstattung hätten getätigt werden müssen, nicht umgesetzt werden konnten.

Ich komme noch zur Planungserklärung der GSoK. Diese wurde eingereicht, weil wir gemerkt haben, dass es sinnvoll ist, wenn wir in der GSoK periodisch informiert und mit neuem Zahlenmaterial und neuen Analysen dokumentiert werden. Aber die jährliche Kadenz kam uns etwas hoch vor. Wir haben zudem gemerkt, dass sich gewisses Zahlenmaterial – etwa 80 Prozent der Zahlen – eigentlich aus dem Sozialbericht ergibt, oder dass es gar deckungsgleich mit demjenigen ist, das der Sozialbericht enthält. Somit sagten wir, es würde uns ausreichen, alle vier Jahre einen solchen Bericht zur Umsetzung des Familienkonzepts zu erhalten; alternierend zum Sozialbericht, sodass man de facto eine Art Zweijahresrhythmus hätte, in dem man aufdatiert würde.

Christine Schnegg-Affolter, Lyss (PEV). Es läuft nun umgekehrt; ich dachte, ich würde zuerst etwas zum Bericht sagen können und danach zur Planungserklärung. Ich werde also später noch als Fraktionssprecherin zum Bericht Stellung nehmen und äussere mich jetzt nur zur Planungserklärung. Die aus unserer Sicht wichtigsten Massnahmen zur Stärkung der ökonomischen Ressourcen der Familien und auch gegen die Familienarmut kamen in diesem Bericht leider zu wenig gut zum Tragen. Im Gegenteil, bei der Prämienverbilligung wurde im Rahmen der Sparmassnahmen gestrichen. Das ist faktisch ein Rückschritt, und diese Tatsache ist für uns eine grosse Ernüchterung. Es ist uns auch klar, dass dort, wo kein Geld vorhanden ist, auch keines verteilt werden kann. Und dass die Mehrheit dieses Rats im Juni die Familienergänzungsleistungen «bodiget» hat, war ein harter Schlag und ein trauriges Kapitel für einen Teil der Familien in unserem Kanton. Trotzdem erwarten wir, dass die GEF jetzt weiterhin dranbleibt am Thema Familienpolitik und insbesondere an der Umsetzung der Massnahmen zur Stärkung der ökonomischen Ressourcen. Unsere Planungserklärung verlangt deshalb einen Terminplan für die Umsetzung dieser Massnahmen. Dieser Terminplan soll uns spätestens mit dem nächsten Bericht vorgelegt werden. Hier glauben wir fest an das Motto: «Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg». Wir wollen erleben, dass das Konzept nicht nur ein Schön-Wetter-Programm ist, sondern ein starkes Instrument für die Stärkung der Familien in allen definierten Handlungsfeldern. Deshalb hoffen wir, dass Sie dies ebenso sehen und die Planungserklärung unterstützen. Eine Würdigung der Massnahmen, die umgesetzt werden konnten, werde ich noch vornehmen, wenn ich mich als Fraktionssprecherin zum Bericht äussern werde. Danke, wenn Sie unterstützen, was wir hier fordern.

Katrin Zumstein, Langenthal (PLR), présidente de la CSoc. Ce n'est pas mon avis, c'est l'avis de la commission. Wir haben heute Mittag anlässlich einer Wandelhallen-Sitzung kurz über die Planungserklärung gesprochen. Wir konnten auch einen Entscheid fällen, der allerdings knapp ausgefallen ist. Die GSoK hat entschieden, die Planungserklärung abzulehnen. Zu diesem Entscheid haben verschiedene Gründe geführt: Einerseits sind dies, wie es auch der gesamte Bericht umreisst, die finanziellen Hintergründe. Andererseits war die Überlegung, dass in der Prioritätenliste, welche die Planungserklärung umfasst, auch die Familienergänzungsleistungen enthalten bleiben würden, und es wird als unsinnig beurteilt, wenn dies dann wieder zu berücksichtigen wäre. Soweit die Meinung der GSoK-Mitglieder.

Andrea Lüthi, Berthoud (PS). Dieser Bericht ist grundsätzlich eine gute Sache, auch wenn das Resultat eher deprimierend ist. Das Zahlenmaterial, das aufgearbeitet wurde, zeigt uns deutlich, was sich geändert oder eben nicht geändert hat an der Situation der Familien im Kanton Bern. Wir haben im Jahr 2010 von diesem Konzept Kenntnis genommen. Darin enthalten ist eine breite Palette von guten Ideen, wie man die Familien in verschiedensten Bereichen unterstützen und fördern könnte. 13 Massnahmen wurden priorisiert, und jetzt, nach vier Jahren, ziehen wir eine ernüchternde Bilanz. Umgesetzt werden konnten vor allem Massnahmen, die nichts kosten, bei denen es um Vernetzung und Optimierung bestehender Angebote ging. Das ist natürlich auch sehr wichtig, aber bei einem zirkulären Controlling ist dies eine Selbstverständlichkeit. Massnahmen werden immer laufend auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und wo nötig verbessert. Die einzige kostenrelevante Massnahme, bei der man von Fortschritten sprechen kann, ist der Ausbau der schulergänzenden Kinderbetreuung. Hier war man bereit, Geld zu investieren, weil wir alle wissen, dass sich diese Investition in vielerlei Hinsicht lohnt; für die Kinder, für die Gleichstellung von Frau

und Mann, für Familien, für die Wirtschaft und für den Staat. Andere Massnahmen hat man trotz der wohlwollenden Kenntnisnahme im Jahr 2010 später wieder «bodiged». Steuerliche Entlastungen, Ergänzungsleistungen für Familien; all dies wollte man nicht mehr. Bei der vorgeschlagenen Verbilligung der Krankenkassenprämien machte man sogar das Gegenteil: Subventionen wurden gekürzt. Die Umsetzung der übrigen Massnahmen hat man sistiert, in der Hoffnung auf finanziell bessere Zeiten.

Die SP-JUSO-PSA-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Regierungsrat für den Bericht und wird ihn zur Kenntnis nehmen. Dies nicht mit Jubel, aber im Wissen darum, dass es noch viel zu tun gibt, wenn wir die Familien im Kanton Bern nachhaltig unterstützen wollen. Wir werden dranbleiben. Der Planungserklärung der GSoK stimmen wir zu, denn es hat wirklich keinen Sinn, jährlich mit grossem Aufwand einen Bericht zu erarbeiten, der uns zeigt, was wir alles nicht gemacht haben. Und die Planungserklärung der EVP werden wir ebenfalls unterstützen, in der Hoffnung, dereinst einen klaren Terminplan dafür zu erhalten, wann was wie umgesetzt werden soll.

Annette Toggwiler-Bumann, Ostermundigen (pvl). Vielen Dank für den ausführlichen Bericht, den wir erhalten haben. Inhaltlich sage ich nichts mehr dazu, das Meiste wurde bereits gesagt. Die Planungserklärung der EVP werden wir von der glp nicht annehmen. Das Anliegen wurde im Grossen Rat bereits diskutiert und klar abgelehnt. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, hier nochmals darauf zurückzukommen. Die Planungserklärung der GSoK nehmen wir dagegen auf jeden Fall an. Die Ressourcen der Verwaltung sollen nicht allzu sehr für Vergangenheitsbewältigung gebunden, sondern für anderes eingesetzt werden.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (PBD). Der vorliegende Bericht zeigt uns die bekannten Problemfelder auf, die aus finanzpolitischen Überlegungen nicht oder noch nicht angegangen werden können, wie beispielsweise durch Familienergänzungsleistungen. Bei der Beratung in der GSoK und in unserer Fraktion wurde der grosse Aufwand und Umfang thematisiert. Die BDP unterstützt daher einstimmig die Planungserklärung der GSoK, die den Bericht nur noch alle vier Jahre, alternierend zum Sozialbericht verlangt. Zur Planungserklärung der EVP. Diese verlangt einen Terminplan zur Umsetzung der Massnahmen zur Stärkung der ökonomischen Ressourcen. Die BDP sieht noch keinen blauen Himmel am Horizont. Sie kann daher nicht mithelfen, bereits wieder Massnahmen zu planen, die dann an der Finanzierung scheitern. Die Massnahmen sind ja im Bericht enthalten. Die BDP findet es ehrlicher, zu planen, was man bezahlen kann, deshalb lehnen wir diese Planungserklärung ab. Die BDP nimmt den Bericht mit der Planungserklärung der GSoK einstimmig zur Kenntnis und dankt der Verwaltung für die sorgfältige Aufarbeitung.

Pierre-Alain Schnegg, Champoz (UDC). Le groupe UDC votera la prise de connaissance du rapport sur la mise en œuvre de la stratégie de politique familiale du canton de Berne, tout en déplorant certaines options et mesures prises ou préconisées. En ce qui concerne les déclarations de planification, le groupe UDC soutiendra majoritairement la proposition de la Commission de la santé et des affaires sociales d'alterner le rapport sur la stratégie de politique familiale avec le rapport social. Par contre, le groupe UDC ne soutiendra pas la déclaration de planification du Parti évangélique concernant le calendrier de mise en œuvre des mesures d'amélioration.

Christine Schnegg-Affolter, Lyss (PEV). Als Initiantin des Familienkonzepts ist der EVP-Fraktion dieses natürlich sehr wichtig, und es ist uns viel an einer guten Umsetzung gelegen. Familien haben aus unserer Sicht eine äusserst wichtige Funktion; in erster Linie natürlich für jeden Menschen, der in einer Familie aufwächst, der Teil einer Familie ist. Ganz sicher ist sie aber auch wichtig – und das ist für uns hier spannend – für die Entwicklung der Demografie, der Gesellschaft und nicht zuletzt für die gesamte Volkswirtschaft des Kantons Bern. Die Unterstützung der Familien finden wir deshalb so wichtig, weil starke Familien das beste soziale Netz sind, weil Familien Zeit, Raum und Sicherheit für die gesunde Entwicklung von Kindern bieten, und weil starke und gesunde Familien Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Deshalb sollten die Familien auf eine grosse Unterstützung, Entlastung und Förderung durch den Kanton zählen können. Aus diesem Grund haben wir uns gewünscht, es würde noch etwas mehr spürbar, dass das Thema Familie und damit eine übergeordnete Gesamtsicht über die Familie für den Regierungsrat einen hohen Stellenwert hat. Familienpolitik muss ihren ganz eigenen Wert haben; das ist mir wichtig. Damit dies möglich wird, haben wir ja damals das Familienkonzept gefordert. Es ist erfreulich, dass einige Massnahmen umgesetzt worden sind. Hier wiederhole ich nicht, was andere bereits gesagt haben. Aber es ist uns

eben noch zu wenig. Es ist wichtig, dass vor allem die ökonomischen Ressourcen noch ausgebaut werden können. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich haben wir die Ergänzungsleistungen für den Moment abgelehnt. Aber sie sind Bestandteil der fünf Massnahmen, welche die ökonomischen Ressourcen der Familien stärken sollen. Das ist im Konzept enthalten. Wir erwarten daher, dass der Regierungsrat Überlegungen anstellt, wie diese in den nächsten Jahren umgesetzt werden könnten. Wenn Familienergänzungsleistungen im Moment kein Thema sind, so heisst das nicht, dass sie für immer kein Thema sind. Deshalb haben wir die Planungserklärung eingereicht, und ich bitte Sie, diese zu unterstützen. Die Planungserklärung der Kommission unterstützen wir ebenfalls, und wir nehmen den Bericht so zur Kenntnis.

Christine Häslar, Burglauenen (Les Verts). Die grüne Fraktion dankt herzlich für den fundierten Bericht über den Verlauf und die diversen Massnahmen und Ziele, die im Familienkonzept definiert sind. Es ist bestimmt kein Zufall, dass die ökonomischen Ressourcen eine so grosse Rolle spielen. Bestimmt ist es auch kein Zufall, dass wir immer wieder darauf stossen, dass Armut im Zusammenhang mit unseren Zielen für die Familien und mit dem Alltag, in dem die Familien im Kanton Bern leben, ein Thema ist. Wenn man sich vertieft damit befasst, ist es erschreckend festzustellen, dass doch relativ viele Familien im wohlhabenden Kanton Bern gegen die Armut kämpfen; Familien von Alleinerziehenden, Working Poor, sowie Familien mit besonderen Betreuungs- und Pflegeaufgaben sind hier ganz besonders betroffen. Für uns ist es darum sehr wichtig, dass wir jetzt von der Berichterstattung und den Visionen weggehen, hin zu den Massnahmen – und irgendwann dann auch zu terminierten Massnahmen und zu einer klaren Umsetzung. Wir unterstützen daher die Planungserklärung der EVP sehr, welche fordert, die ökonomischen Ressourcen seien zu stärken und dazu sei eine Terminplanung zu erstellen, wie man wirklich konkret vorgehen will. Wir können nicht immer nur über die Zukunft sprechen und von denjenigen, welche die Zukunft sind, und dabei jene vergessen, welche diese Zukunft betreuen, aufziehen und erziehen.

Katrin Zumstein, Langenthal (PLR). Auch die FDP dankt für den qualitativ hochstehenden Bericht. Die Familienpolitik des Kantons Bern ist umfassend und soll sowohl arme wie auch finanziell gut situierte Familien bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Visier haben. Die Wahlfreiheit des gewählten Familienmodells soll unbedingt gewährleistet sein; allerdings nur, sofern dies möglich ist. Die Bedürfnisse der verschiedenen Familientypen sind daher entsprechend vielfältig. Zu erwähnen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ein gutes Angebot bei Erziehungsfragen, sowie bei armen Familien die ökonomische Unterstützung.

Der vorliegende Bericht zeigt die Situation der Familien im Kanton Bern deutlich auf. Kinder zu haben, ist ein finanzielles Risiko, vor allem bei tiefen und mittleren Einkommen. Die Problematik verschärft sich nach einer Trennung oder Scheidung und führt leider oft – das haben wir bereits ein paarmal gehört – in die Armut. Anhand von Statistiken wird ersichtlich, wo der Schuh drückt und welche Massnahmen dagegen getroffen werden könnten. Ich empfehle deshalb allen, den Bericht zu lesen. Leider lässt sich aufgrund des finanziellen Umfelds nicht erreichen, dass sämtliche Massnahmen, die grundsätzlich erstrebenswert wären, umgesetzt werden. Dass die Familienergänzungsleistungen als erste Priorität wegfallen, wird von der FDP nicht bedauert. Dagegen stand der Ausbau des familien- bzw. schulergänzenden Betreuungsangebots schon immer auf unserer Traktandenliste, und das wird auch umgesetzt. Bedauernswert ist, dass die Ferienbetreuung von Kindern weiterhin Wunschbedarf bleiben wird. Ich muss zum Schluss kommen. Was die Planungserklärung GSoK anbelangt, so unterstützen wir diese. Die Planungserklärung der EVP lehnen wir ab. Die Gründe dafür wurden seitens der BDP und der glp genannt. Die FDP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Alfred Schneiter, Thierachern (UDF). Wir finden es schon fast ein bisschen unseriös, für einen so wichtigen Bericht, eine so wichtige Frage wie die der Familien, nur so wenig Zeit zu haben. Wir haben nur zwei Minuten, um etwas darüber zu sagen. Wir haben es jetzt an den vorangegangenen Voten gemerkt: Es kommt etwas bruchstückhaft herüber. Die einen sind hier vielleicht zufrieden, die andern dort nicht. Aber das ist halt nun einmal die Situation. Wir sehen an sich auch das Positive, gerade auch im steuerlichen Bereich, wo die Familien entlastet werden. Als wir die Auflistung gelesen haben, haben wir doch auch darüber gestaunt, wie viel die Familien eigentlich profitieren. Ich denke, das ist nicht unbedeutend. Ich würde daher etwas abtemperieren, was Kathrin Zumstein bezüglich Armut gesagt hat; sie hat nicht das Wort Armutsrisiko verwendet, aber diesen Ausdruck

hören wir bisweilen auch in diesem Zusammenhang. Ich möchte sogar sagen, dass Familien, in denen der eine Elternteil zu Hause bleibt, oder die Eltern dies abwechselungsweise tun, in gewisser Weise doch auch ziemlich privilegiert sind in punkto Steuern, Beiträgen usw. Ich sehe das in der eigenen Familie. Dort sind wir also doch einen rechten Schritt vorwärts gekommen, und wir kommen wohl auch irgendwo an einen Plafond, an dem wir keine weiteren Forderungen stellen können. Wenn wir den Bericht lesen, sehen wir aber auch, dass die ganze Frage der Familien eine Baustelle ist. Vieles konnte aus verschiedensten Gründen nicht erreicht werden. Vielleicht ist auch nicht immer alles technisch machbar. Vielleicht sind wir auch aufgefordert, dem Wort nachzuleben: «Zuhause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland». Noch zur Planungserklärung der Kommission. Wir unterstützen diese logischerweise. Die Berichterstattung alle vier Jahre reicht aus. Bei der Planungserklärung von Kollegin Christine Schnegg sehen wir an und für sich das Anliegen, aber ob man das wirklich so fest programmieren kann, in einem politischen Umfeld, in dem sich so vieles bewegt, da sind wir etwas unsicher. Wir sind uns daher innerhalb der Fraktion nicht ganz einig. Du wirst dich demnach überraschen lassen können, wie wir abstimmen werden.

Philippe Perrenoud, direction de la santé publique et de la prévoyance sociale. Mon cœur balance, quand je lis ce rapport sur la famille. Concernant certaines mesures, je le trouve pas assez courageux, plusieurs membres du parlement l'ont dit également. Pour d'autres mesures, je sens que le parlement trouve que le rapport va déjà trop loin. Je considère ce rapport sur la famille comme ce qui est actuellement possible dans ce canton, tant au niveau politique que financier. Je remercie la Commission de la santé publique et des affaires sociales pour le travail qui a pu être fait. Je vous prie, dans ce sens-là, de prendre connaissance de ce rapport. En ce qui concerne la déclaration de planification de la commission, cela fait sens de faire un rapport sur la famille en alternance avec un rapport social. Je vous prie d'accepter cette déclaration de planification. Concernant la déclaration de planification du Parti évangélique (la présidente agite sa cloche), le gouvernement ne s'est pas prononcé dessus, j'ai un avis très clair. Je trouve également que cela fait du sens de faire un calendrier de mise en œuvre pour comprendre où on va et quand, plutôt que de rester dans le brouillard. J'entends que la majorité ne le veut pas, je le regrette, j'aurais préféré que vous puissiez l'accepter.

La présidente. Nous passons au vote. Nous aurons d'abord le vote sur les déclarations de planification et ensuite la prise de connaissance du rapport. Ceux qui acceptent la déclaration de planification de la Commission de la santé et des affaires sociales votent oui, ceux qui la refusent votent non.

Vote (déclaration de planification CSoc)

Décision du Grand Conseil:

Adoption

Oui 131

Non 0

Abstentions 0

La présidente. Vous avez accepté cette déclaration de planification. Nous passons au vote sur la déclaration de planification du PEV. Ceux qui acceptent cette déclaration votent oui, ceux qui la refusent votent non.

Vote (déclaration de planification PEV)

Décision du Grand Conseil:

Rejet

Oui 56

Non 71

Abstentions 6

La présidente. Vous avez rejeté cette déclaration de planification. Nous passons maintenant à la prise de connaissance. Ceux qui acceptent la prise de connaissance de ce rapport votent oui, ceux qui la refusent votent non.

Vote

Décision du Grand Conseil:

Prise de connaissance

Oui 124

Non 2

Abstentions 1

La présidente. Vous avez accepté la prise de connaissance de ce rapport. M. Reto Müller, est-ce que vous en avez pour long? – Est-ce que c'est contesté? – Alors, je clos la séance, bonne soirée. *(Quelqu'un signale à la présidente qu'une délégation se trouve sur la tribune du public.)* – Je m'excuse, écoutez juste trente secondes encore. Je viens de recevoir un papier: il y a l'école JUVESO de Wankdorf qui vient d'arriver. Soyez les biens venus, mais nous, on part. On s'excuse. Bonjour. *(Hilarité, applaudissements)*

Les délibérations sont interrompues à ce stade.

La séance est levée à 16 heures 28.

Les rédactrices :

Claudine Blum (d)

Catherine Graf Lutz (f)